

# N i e d e r s c h r i f t

## über die 20. Sitzung des Rates der Stadt Gevelsberg am Donnerstag, 16. Februar 2017 im Ratssaal des Rathauses in Gevelsberg

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Claus Jacobi sind auf ordnungsgemäße Einladung und in beschlussfähiger Zahl anwesend:

1. Lina	A m m o r	
2. Klaus-Günter	B ä r e n f ä n g e r	
3. Rainer	B i e w a l d	
4. Bernhard	B ö s k e n	
5. Christina	B ö s k e n	
6. Annette	B u ß m a n n	
7. Philipp	C a t t e p o e l	
8. Günter	D e c k e r	
9. Werner	E n g e l h a r d t	
10. Michael	F a l l e n s t e i n	
11. Ilse	F e h r e n k e m p e r - P f e i l	
12. Benjamin	G a r s k e	
13. Michael	H e r s c h e l	
14. Borris	K i ß l e r	
15. Elke	K r a m e r	
16. Heide	K u s c h a r s k i	
17. Werner	M a r o l d	
18. Alba	M a z z o t t a T i r a n n o	
19. Axel	M e r t i n s	
20. Jürgen	M o y s i s z i k	
21. Annette	S t e u d t n e r	
22. Ralf	T e r j u n g	
23. Gerd	V o l l m e r h a u s	
24. Hans-Günther	A d r i a n	
25. Dr. Babett	B o l l e	
26. Marc	B o g e n s c h n e i d e r	
27. Lothar	F i e s e l m a n n	
28. Herbert	L e u g e r s	
29. Wieland	R a h n	
30. Martina	D i e t z	
31. Sebastian	S c h e e r	
32. Susanne	D i p p e l	ab 17.07 (TOP 3)
33. Wolfram	T h i e l	
34. Christina	Z e t t	bis 18.00 (TOP 12)

### es fehlen:

1. Stefan	B i e d e r b i c k	(entschuldigt)
2. Sonja	D e h n	(entschuldigt)

3. Robert	Schiborr	
4. Nils	Buchartowski	
5. Uwe	Spille	(entschuldigt)
6. Dirk	Rabenschlag	(entschuldigt)
7. Rolf	Reick	(entschuldigt)
8. Petra	Bremecker	(entschuldigt)

**Von der Verwaltung sind anwesend:**

1. Kämmerer	Saßenscheidt	
2. Herr	Remer	
3. Herr	Grimm	
4. Frau	Leipholz	
3. Frau	Schöneweiß	- Schriftführerin -

Beginn der Sitzung: 17.00 Uhr

BM Jacobi eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. BM Jacobi stellt fest, dass die Einladung und die Niederschrift der letzten Sitzung allen Ratsmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen sind und gegen die Niederschrift keine Einwendungen erhoben werden.

BM Jacobi schlägt vor, die Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung um die als Tischvorlage ausliegende Drucksache Nr. 30/2017 „Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ennepe-Ruhr-Kreis und den kreisangehörigen Kommunen zur Durchführung des geförderten Breitbandausbaus“ zu erweitern und unter dem Tagesordnungspunkt 3 der nichtöffentlichen Sitzung „Bestätigung von Dringlichkeitsentscheidungen“ zu behandeln.

Gegen die Vorgehensweise werden keine Bedenken erhoben.

Ratsherr Vollmerhaus beantragt für die SPD-Fraktion, den Tagesordnungspunkt 11 der öffentlichen Sitzung, den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache Nr. 34/2017 „Änderung der Hauptsatzung der Stadt Gevelsberg (§10)“, von der Tagesordnung abzusetzen. Ratsherr Vollmerhaus führt aus, dass sich das Anliegen des Antrags der SPD-Fraktion erledigt habe, da das Ministerium für Inneres und Kommunales durch Erlass vom 13.02.2017 darauf hingewiesen habe, dass eine Regelung, alle Ausschüsse von der zusätzlichen Aufwandsentschädigung für die Ausschussvorsitzenden auszunehmen, grundsätzlich nicht zulässig sei.

Der Tagesordnungspunkt 11 der öffentlichen Sitzung, der Antrag der SPD-Fraktion Drucksache Nr. 34/2017 „Änderung der Hauptsatzung der Stadt Gevelsberg (§ 10)“ wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Die anderen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

## T a g e s o r d n u n g

### Öffentliche Sitzung

#### 1. Mitteilungen

BM Jacobi verliest die als Anlage beigefügte Mitteilung der Verwaltung zu den Änderungen des Unterhaltsvorschusses.

BM Jacobi verliest die als Anlage beigefügte Mitteilung zur Abbildung eines Salafistenpredigers vor einem Ortseingangsschild der Stadt Gevelsberg.

#### 2. Bestätigung von Dringlichkeitsentscheidungen

Es liegen keine Dringlichkeitsentscheidungen vor.

#### 3. Vital. NRW - Mitgliedschaft und Entsendung eines städtischen Vertreters - Drucksache Nr. 4/2017 -

##### Beschluss:

1) Der Rat der Stadt Gevelsberg nimmt die modifizierte Vereinssatzung des am 19.12.2016 gegründeten Vereines ENNEPE.ZUKUNFT.RUHR zur Kenntnis. Über die Mitgliedschaft im Verein wurde bereits durch DS. Nr. 176/2015 entschieden.

2) Die Wahl von Herrn Björn Remer unter Ausschluss der persönlichen Haftung als Beisitzer und stellv. Schriftführer in den geschäftsführenden Vorstand des Vereins ENNEPE.ZUKUNFT.RUHR wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

#### 4. Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen durch den Kämmerer im 4. Quartal 2016 - Drucksache Nr. 8/2017 -

##### Beschluss:

Der Rat nimmt von den bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**5. Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Gevelsberg im Jahr 2015  
- Drucksache Nr. 11/2017 -**

Ratsherr Adrian beantragt für die CDU-Fraktion, vor Behandlung des Prüfungsberichts im Rechnungsprüfungsausschuss, die Einzelberichte in den öffentlichen Sitzungen der Fachausschüsse zu beraten.

Der Antrag wird fraktionsübergreifend begrüßt und die weitere Vorgehensweise hinsichtlich der Beratung der Einzelberichte und des Gesamtberichts umfassend diskutiert.

BM Jacobi weist darauf hin, dass der Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt ein öffentliches Dokument sei und auf der Homepage der Gemeindeprüfungsanstalt zur Einsichtnahme zur Verfügung stehe. BM Jacobi schlägt vor, den Prüfbericht zunächst im Rechnungsprüfungsausschuss zu beraten, zu diskutieren sowie zu prüfen und die sich aus der Beratung des Rechnungsprüfungsausschusses ergebenden Prüfungs- und Diskussionsanträge an die Fachausschüsse zur weiteren Beratung und politischen Entscheidungsfindung weiterzuleiten.

Die Vorgehensweise findet allgemeine Zustimmung.

Die Beschlussvorlage wird dahingehend modifiziert, dass „Der Prüfungsbericht der Gemeindeprüfungsanstalt über die überörtliche Prüfung im Jahr 2015 zur Beratung an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen wird, bevor er in den Fachausschüssen behandelt wird“.

BM Jacobi lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Prüfungsbericht der Gemeindeprüfungsanstalt über die überörtliche Prüfung im Jahr 2015 wird zur Beratung an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen, bevor er in den Fachausschüssen behandelt wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**6. Bebauungsplan Nr. 23 „Dörnerbusch“  
hier: Abschluss eines städtebaulichen Vertrages  
- Drucksache Nr.158/2016 -**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den im Entwurf – als Anlage 1 dieser Vorlage - beigefügten städtebaulichen Vertrag nach § 11 BauGB unter der Voraussetzung mit dem Vorhabenträger abzuschließen, dass sich bei den im Vertrag aufgeführten Anforderungen zur Durchführung des Bebauungspla-

nes Nr. 23 „Dörnerbusch“ keine vertragswesentlichen Änderungen mehr ergeben. Bei vertragswesentlichen Änderungen erfolgt eine erneute Beschlussvorlage durch die Verwaltung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitliche Zustimmung  
mit den Stimmen der SPD-Fraktion,  
der CDU-Fraktion, der FWG/FDP-Fraktion  
und der Fraktion DIE LINKE  
gegen die Stimmen  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 7. Bebauungsplan Nr. 23 „Dörnerbusch“**  
**a) Beschluss über die Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange**  
**b) Satzungsbeschluss**  
**- Drucksache Nr. 159/2016 -**

Ratsherr Rahn führt aus, dass der Bauverein in seiner Stellungnahme angeregt habe, die Baureihe, die an die Bebauung des Bauvereins angrenze, von einer dreigeschossigen Bauweise auf eine zweigeschossige Bauweise zu reduzieren. Er bittet um Mitteilung, warum diese Änderung nicht vorgenommen wurde.

Der Leiter des Fachbereiches Stadtentwicklung und Umwelt, Herr Remer, erläutert, dass eine dreigeschossige Bauweise festgesetzt werden soll. Allerdings soll das dritte Geschoss als Vollgeschoss ausgebildet und ein Staffelgeschoss errichtet werden. Eine entsprechende Höhenregelung konnte über die maximale First- und Traufhöhe erzielt werden.

Ratsherr Rahn verweist auf die Ausführungen des Leiters des Städtischen Jugendzentrums, Herrn Kottsieper, dass die Errichtung eines Abenteuerspielplatz nicht sinnvoll sei, da die beiden in Gevelsberg vorhandenen Abenteuerspielplätze im Hellerfeld und in der Breitenfelder Straße nicht den gewünschten Erfolg erzielen und hoher Unterhaltungsaufwand entstehe, so dass die Errichtung eines „normalen“ Spielplatz sinnvoller erscheine. Er bittet um Mitteilung, ob es hinsichtlich der Kosten nicht besser sei, die beiden vorhandenen Abenteuerspielplätze umzubauen.

Herr Remer führt aus, dass die vorhandenen Abenteuerspielplätze gewollt seien und von den Kindern angenommen werden. Die Unterhaltung der besonderen Spielgeräte der Abenteuerspielplätze sei jedoch sehr kostenintensiv. Die Spielgeräte unterlägen zudem besonderen Anforderungen hinsichtlich der Prüfung durch den TÜV, so dass man sich für die Errichtung eines „normalen“ Spielplatzes ausgesprochen habe.

BM Jacobi regt an, die Thematik der Spielplätze weitergehend im Jugendhilfeausschuss zu behandeln.

Beschluss:

a) Die als Anlage 1, S. 1 -10 zu dieser Vorlage beigefügten Abwägungsvorschläge zu den Stellungnahmen der Anlagen 1.1 bis 1.26 zu dieser Vorlage aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB und die als Anlage 2 S. 1 u.2 zu dieser Vorlage beigefügten Abwägungsvorschläge zu den Stellungnahmen der Anlagen 2.1 bis 2.4 zu dieser Vorlage aus der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB werden beschlossen.

Die verwaltungsinternen Stellungnahmen zum Vorhaben der Anlage 3 S. 1-6 zu dieser Vorlage werden zur Kenntnis genommen.

b) Der als Anlage 4 S. 1 - 12 zu dieser Vorlage beigefügte Bebauungsplan Nr. 23 „Dörnerbusch“ wird als Satzung nebst seiner als Anlage 5 S. 1 – 17 zu dieser Vorlage beigefügten Begründung vom 24.10.2016 - Endfassung - und dem Umweltbericht als Teil II dieser Begründung – Anlage 6 S.1 – 25 zu dieser Vorlage einschließlich der Fachgutachten als Anlagen zur Begründung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitliche Zustimmung  
mit den Stimmen der SPD-Fraktion,  
der CDU-Fraktion, der FWG/FDP-Fraktion  
und der Fraktion DIE LINKE  
gegen die Stimmen  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**8. B-Plan 74 – Schnellmark  
hier: Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB.  
- Drucksache Nr. 19/2017 -**

Ratsherr Adrian bittet für die CDU-Fraktion um Mitteilung, wie der „denn's Biomarkt“ von dem Bebauungsplan ausgenommen werden könne.

Herr Remer führt aus, dass der „denn's Biomarkt“ in dem Bereich und der Getränkemarkt in seinem Bereich Bestandsschutz erhalten werden.

Ratsherr Adrian verweist auf einen Leserbrief in der heutigen Tagespresse, mit dem die Verwaltung darum gebeten wurde, mit den am Standort ansässigen Einzelhändlern Gespräche hinsichtlich der Zukunft und Sicherung des Standortes führen. Er bittet um Mitteilung, ob die Verwaltung beabsichtigt, auf die Bitte der Einzelhändler einzugehen.

BM Jacobi erläutert, dass die Verwaltung bereits sehr intensive Gespräche mit den Akteuren der entsprechenden Flächen führe. Die Verwaltung sähe gute Möglichkeiten einer künftigen Nutzung der Gesamtfläche. Herr Remer verweist auf das unter dem Tagesordnungspunkt 9 der öffentlichen Sitzung

zu behandelnde Einzelhandelskonzept und die Ausführungen des Gutachters, dass dieser Standort als Potenzialstandort, für auch großflächigen, allerdings nicht zentren- und nicht nahversorgungsrelevanten Einzelhandel, gesehen wird.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Gevelsberg beschließt, auf Grundlage der dieser Vorlage beigefügten Anlagen 1 – 3, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Zielsetzung des Bebauungsplanes Nr. 74 -Schnellmark ist die Regelung der Zulässigkeit von Einzelhandelsbetrieben am Standort.

Abstimmungsergebnis: mehrheitliche Zustimmung  
mit den Stimmen der SPD-Fraktion, von BM Jacobi  
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
gegen die Stimmen der CDU-Fraktion,  
der FWG/FDP-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

- 9. Fortschreibung des Einzelhandelsstandort- und Zentrenkonzeptes der Stadt Gevelsberg; hier:**  
**a) Abwägung der Anregungen aus der Offenlage,**  
**b) Beschluss als städtebauliches Entwicklungskonzept gem. § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB**  
**- Drucksache Nr. 21/2017 -**

Ratsherr Vollmerhaus verweist hinsichtlich der Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes in Silschede auf die Stellungnahme der Stadt Sprockhövel, in der diese angeregt habe, einen Lebensmittelmarkt von maximal 800 qm auszuweisen und die Stellungnahme der Stadt Wetter, die Verträglichkeit in Bezug auf den Einzelhandel in Wetter zu klären.

BM Jacobi erläutert, dass es sich bei der Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes in Silschede zunächst um eine im Rahmen des Konzeptes angelegte Option handele und er bereits zugesagt habe, im Fortgang des Verfahrens frühzeitig die Bürgerschaft und benachbarten Städte zu beteiligen.

Beschluss:

Das Einzelhandelsstandort- und Zentrenkonzept der Stadt Gevelsberg wird in der Fassung vom Januar 2017 als städtebauliches Entwicklungskonzept gem. § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**10. EU-Fördermittelantrag und Mitgliedschaft im Institut für europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit e.V. (IPZ)  
- Drucksache Nr. 31/2017 -**

Beschluss:

Dem Vorschlag der Verwaltung, einen EU-Fördermittelantrag im Rahmen des Förderprogramms „EFBB - Europa für Bürgerinnen und Bürger - Förderbereich 2/ Städtepartnerschaften“ zu stellen und dem Institut für europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit e.V. (IPZ) beizutreten, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**11. Antrag der SPD-Fraktion;  
hier: Umbesetzung von Ausschüssen  
- Drucksache Nr. 35/2016 -**

Beschluss:

Der Besetzungsvorschlag der SPD-Fraktion wird zum gemeinsamen Vorschlag erhoben und gewählt werden in den

Jugendhilfeausschuss

als ordentliches Mitglied anstelle des Rats Herrn Robert Schiborr die Ratsfrau Heide Kuscharski

Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung

**12. Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern**

Herr Lingemann bittet um Mitteilung der Rechtslage hinsichtlich der Gewährung einer zusätzlichen Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende. BM Jacobi erläutert, dass aufgrund einer Änderung der Entschädigungsverordnung die Ausschussvorsitzenden eine zusätzliche Aufwandsentschädigung erhalten können. Die Rechtsgrundlagen sähen vor, dass Ausschüsse von der Gewährung einer zusätzlichen Aufwandsentschädigung durch Beschluss des Rates ausgenommen werden können. In Gevelsberg gab es das Ansinnen und einen Antrag, dass der Rat in seiner Gesamtheit und die Ausschussvorsitzenden zuvorderst, auf die Gewährung einer zusätzlichen Aufwandsentschädigung verzichten. Das Ministerium für Inneres und Kommunales habe nunmehr durch Erlass vom 13.02.2017 klargestellt, dass grundsätzlich alle Ausschüsse in die Gewährung der Aufwandsentschädigung einzubeziehen seien. Es bestehe eine gesetzliche Ausnahme zu Lasten des Wahlprüfungsausschusses. Weitere Ausnahmen seien zulässig, soweit eine geringe Tagungshäufigkeit anzunehmen sei. Eine Umkehrung die-

ses Regel - Ausnahmeverhältnisses, insbesondere dergestalt, in der Hauptsatzung pauschal alle Ausschüsse von der Gewährung der Aufwandsentschädigung auszunehmen, dürfte jedenfalls im Regelfall nicht zulässig sein.

Frau Zentarra bittet um Mitteilung, ob im Rahmen der Neugestaltung des Vendomer Platzes die Steine des Bodenbelages so gestaltet werden können, dass sie für Rollstuhlfahrer/innen gut befahrbar seien und ob beabsichtigt sei, den historischen Briefkasten am Vendomer Platz wieder aufzustellen.

Herr Remer führt aus, dass der Umbau des Vendomer Platz möglicherweise ein Bestandteil des integrierten Handlungskonzeptes sein könne, dass die Stadt Gevelsberg aufstellen möchte.

Frau Zentarra fragt an, ob in den Neubau in der Mittelstraße nur Eigentumswohnungen errichtet werden und ob das Lokal in dem Haus barrierefrei erbaut wird.

Ratsherr Rahn erläutert, dass in dem Haus Eigentums- und Mietwohnungen, alle „barrierearm“, errichtet werden, da die juristischen Anforderungen an barrierefreien Wohnraum sehr hoch seien. Sofern ein Gastronomiebetrieb angeschlossen wird, soll auch dieser „barrierearm“ – schwellenlos - erbaut werden.

Herr Wehberg verweist auf die Zunahme der Beschwerden Gevelsberger Bürgerinnen und Bürger über Vermüllungen und Verschmutzungen im Stadtgebiet. Er bittet um Mitteilung, ob die Verwaltung die Bürgerschaft über die Presse auffordern könne, ihrer Reinigungspflicht nachzukommen.

BM Jacobi erläutert, dass er die Thematik bereits in der letzten Sitzung des Verwaltungsvorstandes erläutert wurde. Die Verunreinigungen sollen zeitnah beseitigt werden. Sofern es sich um das Eigentum Dritter handelt, müsse erst die Genehmigung des Eigentümers eingeholt werden.

Herr Wehberg fragt an, ob BM Jacobi bekannt sei, dass die Lehrkörper im Rahmen des Volksbegehrens "Abitur nach 13 Jahren an Gymnasien: Mehr Zeit für gute Bildung, G9 jetzt!" darum gebeten wurden, sich zur Thematik nicht zu äußern.

BM Jacobi führt aus, dass ihm dies konkret nicht bekannt sei und er eine entsprechende Vorgehensweise sehr bedauern würde.

Herr Hoppe weist darauf hin, dass Kästen der Telekom, AVU und Post beschmiert werden und es schwierig sei, die Genehmigung der Eigentümer zur Beseitigung der Schmierereien zu erhalten.

BM Jacobi bestätigt dies.

### **13. Fragen von Ratsmitgliedern**

Ratsherr Adrian führt hinsichtlich des von der SPD-Fraktion zurück gezogenen Antrags zur Gewährung einer zusätzlichen Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende aus, dass die Thematik vorab fraktionsübergreifend

diskutiert wurde und der Antrag grundsätzlich von allen Fraktionen mitgetragen worden wäre. Er regt an, künftig in ähnlich gelagerten Fällen einen fraktionsübergreifenden Antrag zu stellen.

Ratsherr Vollmerhaus erläutert für die SPD-Fraktion, dass diese sechs von insgesamt sieben Ausschussvorsitzen stelle und somit durchaus legitimiert sei, eine entsprechende politische Initiative zu ergreifen.

BM Jacobi lobt, dass hinsichtlich der Thematik fraktionsübergreifend Einigkeit bestand, von der Gewährung einer zusätzlichen Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende abzusehen.

Ratsfrau Dippel bittet bezüglich der Elternbeiträge für die Betreuung durch Tagesmütter um Mitteilung, ob es richtig sei, dass die Beiträge laut Satzung für den vollen Kalendermonat erhoben werden, die Entlohnung der Tagesmütter jedoch lediglich für die Tage erfolgt, an denen das Kind tatsächlich betreut wird.

BM Jacobi sichert eine Mitteilung durch die Fachbereichsleitung Bildung, Jugend und Soziales zu.

Ratsherr Vollmerhaus erfragt den Sachstand hinsichtlich der Umsetzung des elektronischen Versandes der Sitzungsunterlagen für die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger sowie die beratenden Mitglieder.

BM Jacobi führt aus, dass mit der Umsetzung begonnen und die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger sowie die beratenden Mitglieder getrennt nach Ausschüssen angeschrieben und gebeten werden, mitzuteilen, ob sie den elektronischen Versand wünschen.

Ratsherr Rahn bittet um Mitteilung, warum er sich entscheiden müsse, die Sitzungsunterlagen künftig in Papierform oder elektronisch zu erhalten.

BM Jacobi weist darauf hin, dass der Rat der Stadt Gevelsberg nach Abschluss der Testphase beschlossen habe, dass jedes Rats- und Ausschussmitglied entscheiden könne, die Unterlagen elektronisch oder in Papierform zu erhalten. Ein doppelter Versand an jeweils eine Person, Versand in Papierform und elektronisch, entfällt im Verlauf des Kalenderjahres 2017.

Ratsfrau Dietz bittet hinsichtlich der Thematik um Mitteilung, ob beabsichtigt sei, WLAN im Rathaus für die Ratsmitglieder zu installieren und wann ggf. mit der Umsetzung zu rechnen sei.

Kämmerer Saßenscheidt erläutert, dass eine schrittweise Installation von WLAN im Rathaus, beginnend im Erdgeschoss, zeitnah geplant sei, erste Untersuchungen zur Umsetzung wurden bereits durchgeführt. Diese haben jedoch ergeben, dass vorab umfangreiche elektrische Installationsarbeiten mit erheblichem Aufwand erforderlich seien.

Ratsherr Scheer fragt an, welche städtischen Gebäude mit WLAN ausgestattet seien und ob die Stadt Gevelsberg sich an den „Freifunk“ anbinden möchte.

Kämmerer Saßenscheidt führt aus, dass WLAN über „Freifunk“ in der Bücherei genutzt wird, ansonsten habe sich die Stadt gegen eine Anbindung über „Freifunk“ entschieden.